



POPULISMUS



EINE GEFAHR FÜR DEMOKRATIE UND »OFFENE GESELLSCHAFT«

Diözesanrat – Kloster Reute

24./25. März 2017

Michael Krämer

1. Vorbemerkung

Als bei der Wahl in den Niederlanden die Partei von Geert Wilders (die im Übrigen allein aus ihm besteht) nicht gleichzog mit den regierenden Rechtsliberalen, sondern knapp unter 15 % der Stimmen blieb, sprach selbst die alte »Zeit« davon, dass für den Populismus die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Dabei war die PVV immerhin die zweitstärkste Partei im niederländischen Parlament geworden. Ähnliches geschah als die Prognose für die AfD zur Bundestagswahl in Deutschland Anfang des Jahres erstmals nicht mehr zweistellig war. Dennoch liegt die AfD immer noch vor Grünen, Linken und FDP an dritter Stelle.

Als nach den Wahlen in den USA deutlich wurde, dass auf Trump die meisten Wahlmännerstimmen entfallen würden, ging ein Aufschrei durch die Medien. Kaum war Trump dann Präsident, machten sich viele Medienvertreter daran, herauszufinden, ob das Amt den Präsidenten nun mäßige. Und als ein in der Regierung stehender General dem Präsidenten erklärte, Folter lohne sich nicht, weil sie nicht effizient sei, wurde das als staatsmännische Weisheit gepriesen. Dabei ging es nicht darum, Folter als menschenunwürdig zu ächten, es ging bloß um Effizienz.

Solche Pressemeldungen und Medienberichte sind ein deutliches Zeichen für eine schleichende Wahrnehmungsverzerrung, der die Bevölkerung auch in Deutschland selbst durch wohlmeinende Medien ausgesetzt ist.

Festzustellen ist aber: Die Populisten in Europa und den USA haben zwei Dinge längst erreicht:

Der Ton der Auseinandersetzungen zwischen konkurrierenden Meinungen und Parteien ist rauer geworden. Es ist eine Polarisierung unserer Gesellschaft eingetreten, mit der vor fünf Jahren niemand gerechnet hat. Und damit ist nicht einmal die Hass-Sprache in den sog. Sozialen Medien gemeint.

Es haben Begriffe und Begrifflichkeiten in den politischen Diskurs Einzug gehalten, die seit 70 Jahren zu Recht desavouiert waren. »Volk«, oder gar »völkisch« ist nur einer davon. Dabei hatte doch schon Brecht vorgeschlagen, lieber von Bevölkerung zu sprechen.

Wer in unserer Zeit statt Volk Bevölkerung und statt Boden Landbesitz sagt, unterstützt schon viele Lügen nicht. Er nimmt den Wörtern ihre faule Mystik. (Fünf Schwierigkeiten beim Schreiben der Wahrheit)

Das Aufladen von Wörtern und Begriffen mit »fauler Mystik« ist jedoch das Prinzip, mit dem populistische AgitatorInnen Emotionen erzeugen und den Wahrnehmungsfokus – auch anders Denkender – verändern.

Offensichtlich hat sich inzwischen gerade im Blick auf Migration und Flucht eine Diktion in den politischen Diskussionen etabliert – auch bei den großen sog. Volksparteien – die man früher eher rechten Parteien zugeschrieben hätte. Plötzlich scheint es, als sei die herausragende Aufgabe der Politik, die einheimische Bevölkerung vor – meist islamischen – Einwanderern zu schützen. Von 5 Millionen Verfolgten und Elenden vor den Toren Europas wird gesprochen, die es nun abzuhalten gelte. Dafür geht man fragwürdige Deals mit einem noch fragwürdigen Despoten in der Türkei ein, dafür ist man sogar bereit, das Grundgesetz zu verbiegen – übrigens nicht zum ersten Mal, wie Navid Kermani in seiner Bundestagsrede angemerkt hat.

5 Millionen Flüchtlinge bei 510 Millionen Europäern: Das ist so, als träte in eine mit 100 Christen gefüllte Kirche plötzlich ein Mensch mit Turban und die 100 fühlten sich dadurch unmittelbar in ihrer Glaubensausübung bedroht. Dabei will der arme Kerl sich vielleicht einfach nur ausruhen.

Ohne Zweifel ist ein großer Teil der Medien demokratisch gesonnen. Offensichtlich geht es vielen Journalisten darum, die menschenverachtenden Sprüche von PEGIDA, Identitären, Reichsbürgern, Afd und anderen neurechten Bewegungen aufzudecken. Sie tun das aber oftmals, indem sie die unsäglichen Sprüche bis zum Erbrechen wiederholen. Und den Leserinnen und Lesern scheint es irgendwann, als seien solche Sätze grundsätzlich durchaus sagbar. Jedenfalls ziehen derartige Begriffe und Aussagen in den allgemeinen Sprachgebrauch ein. Und vom »Das wird man doch wohl noch sagen dürfen...« über ein »Das steht doch sogar in der Zeitung...« bis zur Verwendung im Alltagssprachgebrauch ist der Weg relativ kurz, wenn man heute Stammtischgesprächen zuhört.

Zusammengefasst:

AfD, PEGIDA und Co. haben längst ihre Spuren hinterlassen in den politischen Diskursen der Republik.

Der Stil der Auseinandersetzungen und deren Sprache hat sich verändert. Etablierte Parteien rücken nach rechts.

Es setzt eine schleichende Wahrnehmungsverzerrung ein im Blick auf das, was politisch sagbar und demokratisch legitimierbar ist.

2. »Populismus« als Totschlag-Argument?

Versuch einer Definition

Martin Schulz sei ein Populist, heißt es aus Kreisen der CDU, Horst Seehofer sei ein Populist, heißt es aus Kreisen der Grünen und der SPD, Wolfgang Schäuble ebenfalls, Sarah Wagenknecht natürlich, Merkel werde immer populistischer, heißt es in Teilen der Medien, Cem Özdemir ist laut politischen Gegnern ebenfalls Populist und Boris Palmer sowieso. Nur Teile der AfD *wollen* gern »populistisch« sein, weil das Wort ja von Volk komme. Und wo Volk draufstehe, das sei ja wohl nicht verwerflich, sondern gerade gut. Björn Höcke, der geschichtsvergessene Geschichtslehrer der AfD, tut alles dafür, dass aus populistisch endlich wieder völkisch wird.

Hier zeigt sich keine Begriffsklarheit, sondern ein eher magischer Sprachgebrauch: Benannt ist gebannt, wie bei Rumpelstilzchen. Wenn ich den Namen weiß, mache ich damit das Benannte oder die Benannten ungefährlich. Wer den Namen Brandstifter erhält, wird sich hoffentlich hüten, Brände zu legen. Zumindest steht er in dieser Hinsicht unter öffentlicher Überwachung.

Unklare Begriffe haben allerdings in einem auf Argumenten beruhenden demokratischen Diskurs keinerlei Funktion. Sie wirken allenfalls wie Nebelgranaten.

Wenn der Begriff »Populismus« hilfreich sein soll, dann bedarf er einer genauen *Definition*:

»Populismus« ist ein offensichtlich abwertender, ein Negativ-Begriff. Dabei galt doch einmal in römischen Zeiten »vox populi vox dei«, die Stimme des

Volkes (so wird meist übersetzt), ist die Stimme Gottes. Gemeint war stets etwas Anderes: Nicht das gesamte Volk, sondern ein Mann aus der Plebs, so die Meinung, könne gerade aufgrund seiner Nicht-Bildung zur Stimme eines Gottes werden.

Das hat mit dem, was wir heute Populismus nennen, wenig zu tun. Entscheidend wird sein, dass wir nicht jede System-Kritik, und mag sie noch so wohlfeil sein, sofort als Populismus diffamieren.

Populisten sind Menschen, die behaupten, sie allein kennen die Meinung des Volkes. Sie brauchen das Volk auch gar nicht zu befragen, weil sie schon längst wissen, was das Volk bewegt, ja weil eigentlich sie allein das Volk sind. Entsprechend sind alle, die dem nicht zustimmen, Volksverräter.

Dass eine solche Position alles andere als demokratisch ist, liegt auf der Hand.

Es kommt ein zweites Merkmal dazu. Das ist das Merkmal der Exklusion. Jeder Mensch, der nicht aufgrund seiner Kultur, seines Blutes, seiner Religion (die Definitionsgründe sind ausbaubar) zum Volk gehört, muss dieses Volk verlassen. Dazu gehören eben alle, die der Volksdefinition nicht entsprechen. Und da das Volk (also die selbst berufenen VertreterInnen) weiß, was zur Volkskultur gehört, entscheidet es auch darüber, wer dazu gehört und wer nicht.

Etwas detaillierter ist »Populismus« die Beschreibung von Bewegungen und Parteien in Europa, die

- a) im Namen, stellvertretend und die eigene Position verabsolutierend für das *gesamte* Volk eines Landes zu sprechen behaupten, wobei die Kenntnis dessen, was »das Volk« will der Artikulation und Meinung eines (meist kleineren) Teils der Gesellschaft entspringt,
- b) sich gegen »Eliten« wenden, (also differenzieren zwischen »Volk« - das sind die Guten – und »Eliten« - das sind die Bösen) die »das System« beherrschen sollen (z.B. die sog. Altparteien, »die in Brüssel« etc.), wobei diese letztlich aber in der Beschreibung diffus, vage und mit wechselnder Fokussierung auftreten,

- c) vorgeben, die Interessen »des kleinen Mannes« zu vertreten, der bisher keine Stimme gehabt habe, während doch niemand den »kleinen Mann« bisher wirklich gesehen hat,
- d) eine verengte und antiplurale Vorstellung von Kultur und Leben(sgestaltung) artikulieren und sich dabei auf eine angeblich einheitliche, gewachsene Volkskultur berufen, damit zugleich alle Menschen anderer Herkunft, Lebensweise oder Kultur ausgrenzen,
- e) ängstigende Ereignisse in der Gesellschaft zum Anlass nehmen, weitere Ängste zu schüren, und auf diese Weise verunsicherte und besorgte Menschen für ihre Eigeninteressen vereinnahmen,
- f) sich gegen eine freie und unabhängige Presse wehren, soweit diese nicht die eigenen Meinungen und Positionen bestätigt.

Ein Populismus dieser Art untergräbt die demokratische Ordnung einer Gesellschaft, erklärt zu Feinden, wer auch immer anderer Meinung ist, ist deswegen diskursunfähig und grenzt große Teile der Bevölkerung aus dem aus, was dort »das Volk« heißt, und ist so eine Gefahr für Freiheit und Demokratie im Land.

Wer sich derartige Perspektiven zu eigen macht, darf nun wirklich als Populist und damit auch als Antidemokrat gelten. Alle anderen aber, die Sorgen artikulieren und aus Ängsten, wie berechtigt sie sein mögen, auf die Straße gehen, sind erst einmal keine Populisten, wohl aber mögliche Empfänger populistischer Botschaften.

3. Populismus ist Symptom, nicht die Krankheit selbst

Aber: Man kann auch an Symptomen zugrunde gehen.

Zunächst eine eher erfreuliche Information: Die Zustimmung in der Bevölkerung zu einzelnen populistischen Thesen ist von 2014 bis 2016 leicht (um 2%) gesunken. Es sind allerdings immer noch ca. 40%, die einzelnen populistischen Thesen zustimmen (Zick, Küpper, Krause, 2017, 118). Der Teil der Bevölkerung, der populistischen Grundsätzen weitgehend zustimmt, ist trotz der Ereignisse in den Jahren 2015 und 2016 in etwa gleich geblieben (ca. 20%) (ebd.). Allerdings sind die Vertreter solcher Grundsätze lauter und damit

öffentlich einflussreicher geworden, während die tolerante (größere) Seite der Bevölkerung leiser und damit weniger sichtbar geworden ist (ebd. 119).

Ca. 77% der Bevölkerung schätzen unsere Verfassung (Grundgesetz); ca. 70% unsere Demokratie in der gegenwärtigen Form. Das heißt aber auch, dass etwa ein Viertel der Bevölkerung eine andere Verfassung und einen anderen Politikstil wünscht. Und einem Satz wie »Deutschland braucht jetzt eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert« stimmen immerhin noch 23% ganz oder überwiegend zu (ebd. 124f.). Dieser Trend ist unverändert. Er zeigt, dass es offensichtlich wieder oder immer noch eine starke Gruppe innerhalb unserer Gesellschaft gibt, die sich eine autoritäre Staatsform wünscht. 10% davon billigen Gewaltanwendung zur Durchsetzung politischer Ziele. 15% würden sich gegenüber Fremden mit Gewalt durchsetzen (ebd. 122).

Teile dieser Gruppe dürften sich bei PEGIDA und ähnlichen Bewegungen wiederfinden. Jedenfalls zeigen die Bilder der entsprechenden Demonstrationen oder »Spaziergänge« dieses Bild. Dass diese Gruppierungen für eine Demokratie, erst recht für eine sich als offen oder gar inklusiv verstehende Gesellschaft gefährlich werden können, versteht sich von selbst. Und deshalb stellt sich die Frage, aus welchen Quellen der Ärger auf die Demokratie und diese Bereitschaft zur Gewalt sich speisen.

Von Populisten wird an dieser Stelle – wie bereits angemerkt – der sog. »kleine Mann« ins Spiel gebracht. Dieser »kleine Mann« sei in den letzten Jahrzehnten stets zu kurz gekommen und jetzt in seiner Lebenssituation und -gestaltung bedroht durch »die Fremden«, vor allem durch Muslime. Außerdem wolle dieser kleine Mann nicht, dass sich seine Lebensumstände verändern, vor allem nicht durch Fremde. Dagegen haben sich angeblich die Eliten verschworen, die Deutschland umformen und zu einem islamisch (oder afrikanisch, seltener jüdisch), jedenfalls nicht von Deutschen dominierten Staat gestalten wollen – um die eigenen Vorteile zu sichern. Am schlimmsten seien die Grünen, die den Staat mit Spät-68er-Gedankengut verseucht haben und bei Demonstrationen „Deutschland verrecke“ schrien und denen es am liebsten sei, wenn Frankreich direkt an Polen grenze. (das sind Zitate aus unterschiedlichen Webseiten und Blogs, abgerufen am 19. März 2017).

Wenn es den so zitierten kleinen Mann wirklich gibt, ließe sich zunächst fragen, was dann denn die immer unbenannte kleine Frau mache, denke usw. Aber eine solche Frage erübrigt sich, weil es soziologisch weder den kleinen Mann noch die kleine Frau gibt. Die Frage nach der Herkunft der Demokratie-Verdrossenheit und des Wunsches nach autoritärerer Staatsform führt zunächst zu jenen, die sich bei PEGIDA und anderen entsprechenden Bewegungen sammeln. Während man bei der AfD in etwa weiß, wie Wählerwanderschaften verlaufen (ein Teil kommt von der SPD mit der Begründung Agenda 2010, einer von den Linken, von enttäuschten CDU-Wählern, denen die CDU zu links geworden ist, ein sehr großer allerdings aus dem Bereich der bisherigen Nicht-Wähler), lässt sich das für die eher informellen Bewegungen kaum genau sagen. Allenfalls über Befragungen, die wenig repräsentativ sind, und Augenschein lassen sich einige Elemente erkennen:

Da sind zum einen Menschen, denen es durchaus gut geht, die aber Angst haben vor Veränderungen, denen die bisherigen Veränderungen im Stadtbild, in der Offenheit für unterschiedliche Lebensformen und Formen des Zusammenlebens, in religiösen Darstellungsweisen usw. schon zu viel sind. Es sind Menschen mit unreflektiert hohem Strukturbedarf, die deswegen auch klare autoritäre Staatsformen mehr schätzen als eine offene Gesellschaft. Und je pluraler die Gesellschaft sich zeigt, umso größer und heftiger wird der Wunsch nach eingrenzenden Strukturen. Größere Veränderungen lösen hier bisweilen tatsächlich apokalyptische Stimmung aus.

Da sind zweitens Menschen, die Sorge haben, dass sie dauerhaft zu kurz kommen könnten, dass sie ihren Status verlieren oder auch ihr Vermögen durch den Euro, durch eine wachsende Zahl Hilfsbedürftiger, durch innereuropäische Umverteilungen zu Lasten Deutschlands, die Angst vor Arbeitsplatzverlust haben, weil Ausländer womöglich billigere Arbeitskräfte sind usw.

Drittens gibt es eben jene immer schon vorhandenen und zum Teil gut organisierten und vernetzten Gruppen von Neurechten, die derartige Bewegungen als Sprachrohr bzw. Ort der Agitation nutzen und in immer größeren Teilen auch den Ton sowohl bei PEGIDA wie bei der AfD bestimmen.

Da gibt es aber eben auch konservative Katholiken in nicht geringer Zahl, die bei PEGIDA und Co. endlich ein Familienbild finden, wie es angeblich kirchlichen Vorstellungen entspricht. Im Übrigen zeigt bereits die Studie von Pollak u.a. von 2013, dass unter Katholiken mit enger Kirchenbindung (im ev. Kontext gibt es das nicht) die Islamophobie weit überdurchschnittlich verbreitet ist. Im ev. Kontext sind es eher die pietistischen und einige freikirchlichen Gruppen, die in ähnlicher Weise auffallen (Vgl. dazu Pollak u.a. 2013, 21 f, Vorwürfe gegen den Lehrplan der BW-Regierung 2015).

Offensichtlich neigen also Menschen, die in hierarchische und damit autoritative Organisationen eingebunden sind, eher dazu, Fremdes abzulehnen als Gruppierungen, die eine entspannte Haltung zur eigenen Organisation haben. Denn die Kirchenmitglieder mit geringerer Kirchenbindung – das betrifft beide Kirchen – sind weniger als die Durchschnittsbevölkerung anfällig für antiislamische Tendenzen (ebd.).

Allerdings sind die Anhänger derartig populistischer Strömungen nicht wirklich immer Abgehängte oder unter Prekariatsdberohung lebende Menschen: Das Durchschnittseinkommen der AfD-Wähler liegt jedenfalls über dem Durchschnittseinkommen der Bundesbürger insgesamt (vgl. SPON -Abruf 20.03.2017).

Und tatsächlich sind Wirtschaftslage und Lebenssituation der meisten Menschen im Land nicht schlecht. Die Frage nach der Herkunft populistischer Strömungen und Bewegungen lässt sich offensichtlich nicht allein über die Analyse der Gruppenzugehörigkeit dieser Strömungen klären. Weder Bachmann noch Meuthen, Gauland oder Höcke gehören zu den Benachteiligten des Staates. Woher also der Hass auf das gegenwärtige demokratische System?

Wenn PEGIDA oder auch die AfD feststellen, dass Silvester 2015 für sie ein »Geschenk« war, ebenso wie die Entscheidung der Bundesregierung, 2015 die Grenzen für Flüchtlinge zu öffnen, dann zeigt das, dass es diesen Bewegungen nicht um die Sache selbst geht, sondern um etwas ganz Anderes, nämlich um die Desavouierung des Systems »Demokratie Deutschland« insgesamt, um eine andere Kultur und eine andere Lebensweise, als wir sie hier im Land vorfinden.

Der Populismus in Deutschland – aber auch anderswo in Europa - ist nicht die Krankheit selbst. Er ist Symptom einer Krankheit, an der offensichtlich manche Demokratien gegenwärtig leiden. Leider können an diesem Symptom Gesellschaften mit demokratischer Orientierung zugrunde gehen, wie sich gerade in Ungarn oder Polen zeigt. Und auch wir in Deutschland sollten uns nicht zu sicher sein, dass das nicht auch bei uns gelingt.

4. Komplexität löst Sehnsucht nach Vereinfachung aus

Und eine Gesellschaft der Widersprüche fördert Wut oder Resignation

In seinem 2017 posthum erschienenen Buch »Die Metamorphose der Welt« stellt Ulrich Beck fest:

Die Welt ist aus den Fugen. Nach Ansicht vieler Zeitgenossen trifft das in beiden Bedeutungen des Wortes zu: Ihre äußere Ordnung ist zerbrochen, ihr innerer Zusammenhalt verloren gegangen. Wir irren ziel- und orientierungslos umher, argumentieren für und wider. Die eine Feststellung jedoch, auf die wir uns jenseits aller Unterschiede und über alle Kontinente hinweg zumeist einigen können, lautet: »Ich begreife die Welt nicht mehr.« (11)

In solchen Situationen mag Denken helfen, Kommunikation noch mehr, aber sie lösen weder Widersprüche auf noch kommen dabei handhabbare Rezepte heraus, die sich viele eben doch wünschen. Und plötzlich stellen sich dann ältere Zeiten, und sei es auch die Bonner Republik, als einigermaßen komfortabel und heimatlich dar, auch wenn das real anders gewesen sein mag (vgl etwa M. Brandt, Raumpatrouille, 2016).

Tatsächlich weist unsere Gesellschaft Widersprüche auf, die argumentativ nicht erklärbar und geradezu anrühig sind: Warum etwa erhalten Manager Boni, wenn sie ein Unternehmen gegen die Wand fahren? Warum bekommen Investment-Banker Geld, wenn sie betrügerische Manipulationen vornehmen, um Börsenkurse zu irritieren? Warum gibt es offensichtlich genügend Mittel um Banken zu retten, und gleichzeitig fehlt es an den Mitteln eine Schul toilette zu reparieren? Warum druckt die EZB Geld ohne Ende, um damit Banken, Unternehmen und Staaten zu retten, aber der Einzelne im Land ist

hilflos, wenn er einen Kredit braucht und sein Schufa-Score stimmt nicht? Und wo kommt das ganze Geld überhaupt her? Wenn Politikakteure wie Pofalla nach Ausscheiden aus dem politischen Dienst unmittelbar und sanft in den Schoß der Deutschen Bahn fallen, wenn »Lobbyist« ein anerkannter Beruf ist, wirkt das irritierend. Und wenn dann noch FIFA- und andere Funktionäre sich sinnlos bereichern und damit jahrelang durchkommen, zeigt sich, dass irgendetwas nicht stimmt.

Das ist nur die eine Seite. Die andere Seite ist, dass kaum mehr jemand versteht, wie das Internet funktioniert, welche Überwachungsmöglichkeiten es gibt, welche Erkenntnisse die Wissenschaften täglich herbeizaubern, ob überhaupt noch von freiem Willen die Rede sein kann, nach welchen Gesetzen Markt und Wirtschaft funktionieren... Globale Arbeitsteilung, BIP, unverständliche Kriege hier wie da, und dann auch noch islamisch begründeter Terror im eigenen Land. Kein Wunder, dass Menschen nach möglichst einfachen Erklärungen suchen.

Das nimmt dann bisweilen obskure Züge an, etwa dass wir längst von Aliens, nämlich Reptiloiden regiert werden (auch Angela Merkel wird so bezeichnet). Oder dass es um die sog. Umvolkung Deutschlands gehe, die sich einige PolitikerInnen vorgenommen haben sollen.

Angesichts der Ungerechtigkeiten, die gesellschaftlich wahrnehmbar sind, ist es fast schon ein Wunder, dass immerhin etwa 70% der Bevölkerung zu diesem System stehen, in dem die Reichen nicht unbedingt zahlreicher, aber immer reicher werden.

Es zeugt zwar nicht von Analysefähigkeit und Intelligenz, aber durchaus von Machtwillen, wenn andere die Situation nutzen, um auf dem Feuer der Ängste, Sorgen und des Ärgers ihr eigenes Süppchen zu kochen.

Was den Bürgerinnen und Bürgern ins Auge scheint, ist ja zunächst auch merkwürdig: Auf der einen Seite haben wir in Frostnächten Kältetote unter Obdachlosen zu beklagen, auf der andern Seite werden kleine Flüchtlingscontainerdörfer aus dem Boden gestampft und stehen dann teilweise leer. Angeblich soll es gut sein, wenn die Reichen reicher werden, weil dann immer auch etwas nach unten durchsickert. Nur merken das viele offensichtlich nicht. Und es wird durchaus als ungerecht erlebt, wenn eine

Verkäuferin oder eine Altenpflegerin wegen eines gestohlenen Brötchens den Arbeitsplatz verlieren soll, ein wegen betrügerischer Abgasmanipulationen ausgeschiedener VW-Manager hingegen an einem Tag mehr Rente bekommt, als eine Facharbeiterin im ganzen Monat verdient.

Die Wut, Resignation oder Angst mancher Menschen im Land wird verständlich, wenn Entscheidungen als alternativlos verkauft werden. Denn solche Alternativlos-Aussagen sind genauso sinnvoll wie irgendwelche Verschwörungstheorien. Aber die liberale Mitte unserer Gesellschaft braucht sich deswegen nicht besonders gut zu fühlen, solange sie nicht an eine handfeste und auch das Eigene betreffende Kapitalismuskritik geht. Denn vor nichts hat der Kapitalismus mehr Angst, als plötzlich sichtbar zu werden. Dann nämlich wird er angreifbar. Und offensichtlich gibt es doch erhebliche Mängel im Wirtschaftssystem.

Wir leben, so will es die Definition, in Deutschland in einer sozialen Marktwirtschaft. Allerdings wurde in den letzten 20 Jahren das Soziale zugunsten neoliberalistischer Prinzipien zurückgedrängt. Dass der Markt aber der Zählung durch die Politik bedarf, damit der soziale Kitt einer Gesellschaft nicht verloren geht, wurde oft genug zurückgestellt, weil der Markt es doch schon selber richten werde. Nur scheint es heute so, als seinen Wirtschaftsführer inzwischen mächtiger als die Politik und die politischen Entscheidungsträger der Wirtschaft ausgeliefert.

Solange aber diffuse Angst und Wut ein Ventil brauchen und die unmittelbaren Verursacher nicht direkt greifbar oder gar nicht antastbar sind, setzt alsbald ein von René Girard schon vor Jahrzehnten beschriebener Sündenbockprozess ein:

Die einfachste und zugleich eine zunächst wirksame Art mit der Erfahrung des Unterlegen-Seins bzw. mit der daraus entstehenden Angst umzugehen, ist deren Übertragung oder Projektion auf etwas Anderes oder jemand Anderen.

René Girard (Das Heilige und die Gewalt, Der Sündenbock etc.) beschreibt ein solches Angstaufhebungsverfahren als ein Verfahren zur Herstellung von Sündenböcken, auf die sich dann alles Ängstigende abladen lässt.

1. Jene Menschen, auf die sich das Verfahren richtet, müssen als besondere (Gruppe) erkennbar sein oder erkennbar gemacht werden.

2. Sie werden als sittlich/moralisch/physisch minderwertig etikettiert mit Hilfe bekannter Methoden: Zuschreibung von sexuellem Missbrauch, Inzest, Brunnenvergiftung, Zauberei, Mord etc. – in alten Zeiten; heute eignen sich sog. Fake-News hervorragend dafür.
3. Diese Menschen(gruppen) dürfen nicht im Besitz von Macht sein bzw. sie dürfen keine starke Lobby haben.

Am Ende kann dann die Eliminierung der entsprechenden Menschen(gruppe) stehen, womit nach der Logik des Sündenbock-Verfahrens das Problem gelöst ist. Dass das tatsächlich nicht der Fall ist, macht das Verfahren als Prozess nicht ungefährlicher.

Zu erleben war dieses Verfahren in großem Maßstab zuletzt im sog. Dritten Reich mit der ausdrücklichen Etikettierung von jüdischen Menschen, deren Ausgrenzung und zuletzt Ermordung.

Genauso geht heute eine Großzahl von Populisten beispielsweise mit Muslimen um, nur dass es vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte eben nicht mehr um Ermordung, sondern um Abschiebung geht. Der Tod der Anderen wird dabei allerdings durchaus in Kauf genommen, wenn z.B. Afghanistan zu einem sicheren Land erklärt und dorthin abgeschoben wird.

Etikettierung ist immer gefährlich, weil sie Menschen exkludiert. Und die Verwechslung von Krankheit und Symptom trägt dazu bei, dass alles beim Alten bleibt.

Vor dem Hintergrund der oben bereits benannten Wahrnehmungsverzerrung sollte uns das nachdenklich stimmen, Klemperer berichtet von solch schleichender Sprach- und Wahrnehmungsverzerrung in seiner LTI, einem philologischen Tagebuch aus dem sog. III.Reich. (1957).

Es ist nicht nur nicht hilfreich, lediglich auf der Symptom-Ebene zu agieren, es schafft eine neue Stimmung im Land, wenn auch bisher demokratisch gesonnene Parteien auf den Zug der Symptombehandlung aufspringen und glauben so Wählerstimmen (zurück)gewinnen zu können. In Wirklichkeit geben sie damit offensichtlich den Populisten und Neurechten Recht.

Vielleicht wäre es sinnvoller, statt sich um die Verschärfung von Asylgesetzen zu kümmern, auf die Regulierung von Banken und Aktienunternehmen, auf

die Spekulation mit Lebensmittelpreisen und die Ausweitung von Zeitarbeit zu achten ebenso wie für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen oder an der Abwendung der nun wirklich bedrohlichen Klimakatastrophe zu arbeiten.

Kleiner Exkurs: Populismus/Islamismus

Es gibt zurzeit zwei Bewegungen, die feindlicherweise dennoch Hand in Hand gehen. Was beide eint, ist der Hass auf eine offene, plurale und demokratisch organisierte Gesellschaft. Die bekämpft der Islamismus etwa in Gestalt von IS, Qaida, Boko Haram vor Ort in Form veritabler Kriege. Die greift er an auch in den westlichen Gesellschaften in Form von Terrorismus und daraus resultierender Verunsicherung. Was der Islamismus mit dem Islam zu tun hat, wäre eigene Überlegungen wert, vermutlich etwa so viel wie die Kreuzzüge mit dem Christentum zu tun hatten.

Jedenfalls schädigt der Islamismus mit seinen Gewalttaten, die munter publiziert und von unseren Medien weiter verbreitet werden – zeitweise sogar unter Hinweis auf die Originalvideos – das Ansehen vor allem monotheistischer Religionen, insbesondere der abrahamitischen Religionsfamilie, weil er nicht nur die berechtigte Frage nach dem Gewaltpotential des Monotheismus neu aufbrechen lässt, sondern schlicht den Zusammenhang von Religion und Gewalt, von Beten und Morden lebt.

Gleichzeitig werden durch den Begriff »Islamismus« anderswo auf der Welt und eben auch in unserer eigenen Gesellschaft Muslime in Haftung genommen, wird ihnen doch seitens der Islamisten unterstellt, sie müssten eigentlich genauso radikal sein wie diese, wenn sie ihren Glauben ernst nähmen.

In unserer Gesellschaft erreicht der Islamismus – der besser »pseudoislamisch fundierter Terror« heißen sollte – ähnliche Menschen wie der Populismus: Orientierungslos gewordene Menschen, Abgehängte, vor allem auch Jugendliche und junge Erwachsene, Menschen, die aus anderen Kulturen kommen und sich hier nicht zurechtfinden oder ausgegrenzt fühlen, Enttäuschte und Empörte.

Vor allem löst der Islamismus bei der Mehrheitsbevölkerung Verunsicherung aus, schon durch sein bloßes Vorhandensein, mehr aber noch durch unsystematische und überraschende Terrorakte, vor denen es offensichtlich keinen sicheren Schutz geben kann.

So beglaubigt der Islamismus in unserer Gesellschaft die islamophoben Thesen der Populisten, dass der Islam aus diesem Lande verschwinden müsse, damit wieder Ruhe einkehrten und Sicherheit. Er stärkt vorhandene Vorurteile gegen Muslime und sorgt so noch mehr für deren Ausgrenzung. Diese bestätigt dann wiederum die These der Islamisten, dass die Europäer den Islam immer noch ausrotten wollten. Die sich verstärkende (Selbst-)Ausgrenzung muslimischer Bevölkerungsteile wiederum macht sie verdächtig und etikettierbar – siehe Sündenbock-System.

Gleichzeitig wird inzwischen bei allen Terrorakten und Mordtaten sogleich ein muslimischer Hintergrund vermutet, selbst wenn dieser nicht vorhanden ist. Und für die Populisten ist jeder Terrorakt ein Geschenk, das sie weidlich ausschachten, um Ängste in der Bevölkerung zu verstärken und sich selbst als Hoffnungsträger einer sicheren Gesellschaft zu feiern.

5. Was ist zu tun? Und was kann Aufgabe von Christen sein?

Keine Handlungsanweisung, aber Hinweise

a) Dass unser Grundgesetz und unsere Form der parlamentarischen Demokratie keinesfalls selbstverständlich sind, erschließt sich denen, die es nicht anders kennen, nicht unmittelbar. Jetzt aber erleben wir deren Bedrohung von ganz unterschiedlichen Seiten. Das macht es notwendig, dass wir selber Einsatz zeigen müssen, wenn wir in einer Gesellschaft leben wollen, die uns gemäß ist, wenn wir Freiheit, auch Religionsfreiheit und Freiheit der Lebensformen, wenn wir gesellschaftlichen Frieden, soziale Solidarität, Demokratie, Pressefreiheit usw. wollen. Es reicht nicht mehr, alle vier Jahre ein Kreuz zu malen.

Es ist ja wirklich erstaunlich, dass 20% der Bevölkerung von sich behaupten, sie seien das Volk und damit auch noch auf Resonanz stoßen. Und noch erstaunlicher ist, dass erst der öffentliche Wutbürger auftreten muss, damit

politische Anliegen Gehör finden. Aber es kann auch nicht sein, dass PEGIDA und Neurechte die Politik vor sich herzutreiben versuchen. (Und dass das in Teilen sogar gelingt.)

Wer in Freiheit und Frieden, unter demokratischen Verhältnissen in einer pluralen Gesellschaft leben möchte, der sollte das laut und deutlich und öffentlich sagen. Und wenn der Diözesanrat sich in diesem Sinn zu einer Resolution entschließen kann, dann ist das eine solche vernehmbare Stimme für Demokratie und Freiheit und gegen Populismus und Hetze in die Zivilgesellschaft hinein. Es gilt also deutlich zu machen, was in diesem Land für uns nicht in Frage zu stellen ist, was die unhintergehbaren Standards sind, ohne die wir nicht leben wollen.

Der Diözesanrat sollte sich dabei klar sein, dass diese Äußerung auch innerkirchlich gehört wird und Gegenstimmen aus dem Lager Konzilsverweigerer, der kath.net-Besucher und anderer stagnierend-konservierender Gruppierungen nicht ausbleiben werden. Doch gehört zur Demokratie auch Streit. Und unserer Kirche tut es gut, wenn wirkliche Diskussionen um das, was uns wichtig ist, entbrennen. Es trägt zur Klärung bei.

b) Eine Resolution ist gut, aber nicht hinreichend, wenn sie folgenlos bleibt. Natürlich wäre es schön, wenn sich andere Kirchen im Land einer solchen Resolution anschließen oder mit einer eigenen in die Öffentlichkeit gingen. Aber das liegt nicht in der Hand des Diözesanrates, dafür lässt sich allenfalls werben.

Übrigens sind hier nicht die Kirchenleitungen gefragt: Wollte der Diözesanrat an diese appellieren, wäre das doch nur der Ruf nach der starken Führung, von der so manche träumen.

Wichtiger aber als alle Resolutionen wird es sein, in den kommenden Monaten und Jahren jene Menschen anzusprechen und zu erreichen, denen unser demokratisches System ebenfalls am Herzen liegt. Dazu braucht es Orte und ausgebildetes Personal. Beides ist in der Diözese in ausreichendem Maße vorhanden. Bis in die kleinen Dörfer hinein gibt es Gemeinderäume. Und die keb z.B. verfügt über qualifizierte Moderatorinnen und Moderatoren, es gibt pastorale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die das können,

Religionslehrerinnen und Religionslehrer, Jugendreferentinnen und Jugendreferenten usw.

Ich weiß, dass all diese Menschen schon jetzt vollauf beschäftigt sind. Aber wir leben in außergewöhnlichen Zeiten. Also muss man vielleicht die Arbeit neu gewichten. Der Diözesanrat kann hier jedenfalls sinnvolle Hinweise geben, was ihm an Diskussion und auch Bildung wichtig ist und an welchen Stellen in der Diözese das verortet werden soll.

Vielleicht lässt sich so das Projekt KiamO mit neuem Leben füllen, indem Kirche wirklich an vielen Orten gestalterisch wirkt und sich selbst gestaltet. Jedenfalls sollten die pastoralen Schwerpunkte entsprechend eingerichtet sein.

Dann würde vermutlich auch deutlicher, dass Kirche nicht um ihrer selbst und zum Betrieb der eigenen Gemeinden existiert, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe hat, die ihr vom Evangelium vorgegeben ist, im Dienst an Menschen.

c) Wir brauchen Mittelschichtbildung und -pastoral, auch wenn das manchmal etwas abgetan wird, weil diese Gruppe doch selbst für sich sorgen könne. Ohne diese Menschen aber verstummt die Stimme der Vernunft im Land. Und so gilt es, mit allen Wohlmeinenden gemeinsam Argumente zu entwickeln und Visionen für eine gute gesellschaftliche Zukunft, damit in der Öffentlichkeit die Diskussion darüber nicht aufhört und die Zivilgesellschaft in Bewegung kommt.

d) Ihre große Aufgabe aber hat die Kirche bei den Menschen, die tatsächlich unter prekären Verhältnissen leben müssen, die zu kurz gekommen sind im Leben und abgehängt von allen Entwicklungen, bei jenen, die von Armut bedroht sind und die unter Bildungsbenachteiligung leiden. Gerade Bildung ist demokratieförderlich: 6,8% der Menschen, die höchstens einen Volks-/Hauptschulabschluss haben, befürworten eine Diktatur in Deutschland. Unter den Menschen mit Abitur sind es 0,8%. 11,4% der niedrig Qualifizierten sind ausländerfeindlich und stehen dazu. Unter den Personen mit (Fach-)Abitur sind es 2,4%. Antisemitismus gibt es in der ersten Gruppe mit 4,6%, in der zweiten Gruppe mit 0,3%. (Zick, Küpper, Krause 133). Bildung scheint also demokratische Perspektiven zu stärken. Allerdings ist Bildungsbenachteiligung in Deutschland (anders als beispielsweise in

Frankreich oder den skandinavischen Ländern) erblich. Immer noch bestimmt die soziale Herkunft meine Bildungsnähe oder -ferne entscheidend mit.

Auch hier kann die Kirche tätig werden: Vielleicht lässt sich der Religionsunterricht auch nutzen zur Stärkung, Ermutigung und intensiveren Begleitung bildungsbenachteiligter Schülerinnen und Schüler. Vielleicht sollten Kindergärten nicht vorschnell an Kommunen zurückgegeben werden, vielleicht braucht es vor Ort eine qualifizierte Schülerbetreuung gerade für jene, die sich bezahlte Nachhilfe in einem der vielen Institute nicht leisten können. Schon heute gibt es von Land und Diözese zusammen hierfür Geld, etwa 10 € pro Unterrichtseinheit. Es würden also nicht einmal große Zusatzkosten entstehen.

Auch die Katholische Erwachsenenbildung hat hier ihre Aufgaben, sieht sie es doch als ihr zentrales Anliegen, Menschen auf ihrem Entwicklungsweg zu begleiten. Familien- und Elternbildung ist ein Ort, an dem auch Menschen mit geringerem Bildungsstand erreicht werden. Andere Bereiche brauchen vielleicht nur ein wenig Umgestaltung, damit sie auch Menschen, die weniger geschickt im Selbstaussdruck sind, ansprechen können. Das betrifft vor allem auch die religiöse und die kulturelle Bildung.

Auch die Betriebsseelsorge, die immer schon Menschen in prekären Lebenssituationen erreicht, die Verbände, das Kolpingbildungswerk sind hier gefragt. Es gibt in der Kirche ein ungeheures Potential, das nur aktiviert und koordiniert zu werden braucht. Sinnvoll und vom Diözesanrat anzuregen wären hier konzertierte Aktionen all dieser Träger. Ein Ort dafür und damit auch Auftragnehmer könnte die HA Kirche und Gesellschaft sein. Und vermutlich braucht es dann auch finanzielle Unterstützung an der ein oder anderen Stelle.

Jedenfalls ist es unumgänglich, Menschen zu mehr Partizipation im gesellschaftlichen, kulturellen, politischen usw. Sinn zu ermutigen und zu befähigen.

e) Es stimmt ja, dass Demokratie vom Argument und vom Diskurs lebt. Es stimmt auch, dass es dazu wissenschaftlicher Expertise und klarer Informationen bedarf, dass Vernunft und Analyse notwendig sind.

Doch ersetzen Argumente keine Vision, Pragmatismus nicht die Hoffnung, Logik nicht das Narrativ. Wer Menschen bewegen will, das haben die Populisten erkannt, muss Geschichten erzählen, muss an Emotionen appellieren. Im populistischen Kontext sind das vor allem Angst und Wut.

Als Christen haben wir anderes im Gepäck, nur haben wir unsere Narrative, die Erzählungen von Leid und Hoffnung, von Auferstehung und Reich Gottes nicht sonderlich gepflegt. Wir sind aber aufgefordert (1 Petr 3,15) Auskunft zu geben über die Hoffnung in uns; jedenfalls, wenn wir gefragt werden. Und solche Fragen stehen heute schreiend im Raum.

Es würde zu weit führen, hier ausführlich zu werden: Aber **wir brauchen dringend eine Sprachschule für unseren Glauben und ein Narrativitätsinstitut, wo wir lernen, unsere Hoffnungen zu erzählen und uns alter Verheißungen und Hoffnungsgeschichten erinnern, Orte der Selbstvergewisserung und des Selbstaudrucks also, an denen, was wir glauben und hoffen, konfrontiert wird mit dem, was wir leben und erleben.**

Ich wünsche mir, dass vom Diözesanrat ein Impuls ausgeht, der Gemeinden und Einrichtungen, Verbände und lockere Gruppierung in der Diözese und darüber hinaus in Bewegung setzt, der Kommunikationsorte anregt und Gespräche initiiert über das, was uns als Christen und als Bürgerinnen und Bürgern bedeutsam und wichtig ist.

Ich weiß, dass das die Welt nicht einfacher und nicht sicherer macht. Aber es macht Menschen sicherer in der Welt.

März 2017 MK